Bezirksverordnetenversammlung
Steglitz-Zehlendorf von Berlin

N i e d e r s c h r i f t
26. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bau und Verkehr

Sitzungstermin:	Mittwoch, 24.11.2004
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr
Sitzungsende:	18:40 Uhr
Ort, Raum:	Rathaus Zehlendorf, BVV-Saal

Anwesend:

Frau Ehlgötz, Barbara	CDU
Herr Hippe, Torsten	CDU
Herr Kopp, Norbert	CDU
Herr Mückisch, Frank	CDU
Herr Lepeniotis, Christos	SPD
Herr Reinhard, Klaus	SPD
Herr Ronnisch, Detlev	SPD
Herr Weihe, Klaus-Dieter	SPD
Herr Kühnast, Frank	FDP
Frau Sunkel, Dagmar	FDP
Herr Hampel, Ulf	GRÜNE
Frau Wagner, Sieglinde	fraktionslos
Herr Holz, Mathias Oliver	CDU (BD)
Herr Pick, Rafael	CDU (BD)
Herr Volkmann, Dietrich	SPD (BD)
Herr Timm, Peter	GRÜNE (BD)
Herr Wollschläger, Hans-Joachim	CDU (St. BD)

Vom Amt:
BzStR Stäglin
BauO L Herr Reiser
Bau L Herr Müller-Ettler
Hoch 1 Herr Nowak
Ord L Herr Hartmann
BVV 1 Dr. Konrad, Protokoll

TOP 1	Öffentliche Bürgerfrageviertelstunde
TOP 2	Genehmigung des Protokolls
TOP 3	Verkehrsberuhigung Königstraße
TOP 4	Machbarkeitsstudie Steglitzer Kreisel (Zwischenbericht)
TOP 5	Unterrichtung des Ausschusses für Bau und Verkehr über den Mittelabfluss im Baubereich

TOP 6 Anträge

TOP 6.1 Verkehrskonzept für den Standort 'Ausfluglokal Alte Fischerhütte'
Drucksache: 1177/II - CDU-Fraktion

TOP 6.2 Ampelschaltung Clayallee/Argentinische Allee
Drucksache: 1297/II - GRÜNE-Fraktion

TOP 6.3 Zebrastreifen Clauertstraße
Drucksache: 1301/II - CDU-Fraktion

TOP 6.4 Umbau von Lichtzeichenanlagen
Drucksache: 1304/II - GRÜNE-Fraktion

TOP 6.5 Straßenmarkierung in der Mitte Teltower Damm zwischen Kirchstraße und Ampel vor Gartenstraße
Drucksache: 1308/II - CDU-Fraktion

TOP 6.6 Insolvenz 'Wohnquartier McNair'
Drucksache: 1313/II - CDU-Fraktion

TOP 6.7 Straßenbenennung auf dem Gelände McNair
Drucksache: 1317/II - CDU-Fraktion

TOP 6.8 Einrichtung eines Zebrastreifens Schütte-Lanz-Straße/Ecke Scheelestraße
Drucksache: 1329/II - SPD-Fraktion

TOP 6.9 Schadensmeldung zu privaten Streufahrzeugen im Bezirk
Drucksache: 1333/II - GRÜNE-Fraktion

TOP 7 Bericht aus dem Bezirksamt

TOP 8 Verschiedenes

Protokoll:

In Hinblick auf die Tatsache, dass zum TOP 6.3 (Drs. Nr. 1301/II) Bürger erschienen sind, wird vor Eintritt in die Tagesordnung vom Ausschuss festgelegt, dass die Behandlung dieses Antrags vorgezogen werden soll. Darüber hinaus bittet die FDP-Fraktion, wegen anderer Termine das Sitzungsende auf 18.30 Uhr festzulegen.

zu 1 Öffentliche Bürgerfrageviertelstunde

Die Bürgerin Frau Apfel erläutert nochmals ihr Anliegen, das der Ausschussvorsitzende Herr Eichstädt bereits in der 25. Sitzung des Ausschusses am 27.10.2004 auf Bitten der verhinderten Frau Apfel vorgetragen hatte *(vgl. das Protokoll dieser Sitzung, TOP 1, Öffentliche Bürgerfrageviertelstunde)*. Sie erklärt, neben den damals bereits genannten Problemen sei auch noch der Bürgersteig im Bereich Rothenburg-/Herrfurthstraße durch die Kunden eines Lidl-Markts vollkommen zugeparkt, was es den Besuchern der nahe gelegenen Blindenschule unmöglich mache, zwischen den eng geparkten Autos die Straße zu überqueren. Besonders die Tatsache, dass auch die Ecken an den Kreuzungen zugeparkt seien, müsse unterbunden werden. Frau Apfel wiederholt ihre Bitte, die Herrfurthstraße zu einer Einbahnstraße oder einer Sackgasse zu machen.

Von allen Fraktionen wird auf die Erfahrung verwiesen, dass der Verkehr in einer Einbahnstraße schneller fließt und die Straße damit für mehr Autofahrer attraktiv wird, so dass der gegenteilige Effekt der erhofften Verkehrsberuhigung eintritt. Die FDP-Fraktion regt an, in der Lepsiusstraße ein Verkehrszeichen anzubringen, dass man von dort aus nicht nach links in die Herrfurthstraße einbiegen darf. Die

CDU-Fraktion bittet das Amt, sich mit der Problematik zu befassen, damit 2006, wenn die Schloßgalerie eröffnet wird, bereits Lösungsmöglichkeiten vorhanden sind.

BzStR Stäglin erklärt, er teile die Befürchtung, dass die Herrfurthstraße zu einem Schleichweg werden könne. Er sagt eine Verkehrszählung zu, erklärt, die Variante mit dem Geradeauspfeil in der Lepsiusstraße kristallisiere sich als Lösung zur Verkehrsberuhigung heraus und sagt zu, im Ausschuss weiter über die Angelegenheit zu berichten. Darüber hinaus werde er das Ordnungsamt bitten, sich um die zugeparkten Ecken an den Straßenkreuzungen zu kümmern.

zu 2 Genehmigung des Protokolls

BzStR Stäglin bittet um eine Korrektur des Protokolls der 25. Sitzung des Ausschusses vom 27.10.2004. Dort heißt es auf S. 2 im TOP „Öffentliche Bürgerfrageviertelstunde“: „Herr Mälzer akzeptiert die Zusage von BzStR Stäglin, gemeinsam mit der Nachbarschaftsinitiative den Zustand vor Ort noch einmal zu überprüfen... .“ Er erklärt, das Amt könne den Zustand insofern nicht überprüfen, als es keine eigenen Lärmmessungen vornehmen kann. Daher müsse es heißen: „Herr Mälzer akzeptiert die Zusage von BzStR Stäglin, sich des Themas noch einmal anzunehmen... .“

zu 3 Verkehrsberuhigung Königstraße

Der Stellv. Ausschussvorsitzende begrüßt mehrere Anwohner der Königstraße in Zehlendorf, die zu dem Tagesordnungspunkt erschienen sind. BzStR Stäglin erklärt, es seien verschiedene Varianten geprüft worden, wie mit der Königstraße umzugehen sei; die Einrichtung einer Sackgasse sei dabei keine Lösung. Zwar sei eine Vereinheitlichung der Parkanordnung vorgenommen worden, doch würden sich nicht alle Anwohner daran halten, da sie befürchten, dass ihre Fahrzeuge angefahren werden, wenn sie, wie nunmehr vorgeschrieben, auf der Straße parken. Jetzt stehe der Vorschlag zur Diskussion, sog. Berliner Kissen zur Verlangsamung des Verkehrs einzurichten, doch müssten diese Tempo-Schwellen privat bezahlt werden, da der Bezirk hierfür keine finanziellen Ressourcen hat.

Ein Anwohner berichtet, seit die Autos nicht mehr zur Hälfte auf dem Bürgersteig parken dürfen, sondern dies ausschließlich noch auf der Straße erlaubt ist, kommen Bewohner der Straße mit ihren Fahrzeugen häufig nicht mehr aus ihren Garagenausfahrten heraus, wenn auf der gegenüber liegenden Straßenseite geparkt wird.

BzStR Stäglin erklärt, wenn sich die Verkehrsteilnehmer an die Straßenverkehrsregeln hielten, dürfte es diese zugeparkten Einfahrten nicht geben. Es könnten nicht überall, wo die Straßenverkehrsordnung bereits gilt, noch gesonderte Maßnahmen durchgeführt werden.

Die CDU- und die SPD-Fraktion sprechen sich gegen die Einrichtung von geschwindigkeitshemmenden Kissen aus, da diese die Polizei und die Feuerwehr behindern würden.

Die SPD-Fraktion weist darauf hin, dass die Königstraße in keinem besonders guten Zustand ist und es dort nicht besonders viel Verkehr gibt. Das Parken auf den Bürgersteigen sei so lange erlaubt gewesen, wie dort Tempo 50 erlaubt war;

nach der Einführung von 30 km/h müssten die Autos dort parken, wo sie hingehören, nämlich auf dem Fahrdamm.

Eine Anwohnerin erklärt, die Königstraße sei durchaus nicht unbeliebt beim Durchgangsverkehr; in fünf Minuten habe man 32 Wagen gezählt, hinzu kämen zahlreiche Laster, die die Straße auf dem Weg zum Zehlendorfer Industriegebiet nutzen. Geländewagen würden sogar durch die Straße rasen.

BzStR Stäglin erklärt, dem Amt lägen aus einer intensiven Beschäftigung mit dem Thema aus dem Jahre 2002 andere Zahlen vor. Damals seien bei mehrmaligen Geschwindigkeitsmessungen nur zwei Geschwindigkeitsübertretungen festgestellt worden, und LKWs hätten die Straße kaum befahren. Auch die Fraktion GRÜNE verweist auf das nur geringe Verkehrsaufkommen in der Königstraße.

Auf Bitten der CDU-Fraktion sagt BzStR Stäglin zu, zu prüfen, ob in der Königstraße tatsächlich so geparkt werde, dass Anwohner nicht aus ihren Einfahrten herauskommen, und notfalls Markierungen einrichten.

zu 4 Machbarkeitsstudie Steglitzer Kreisel (Zwischenbericht)

BzStR Stäglin verteilt an die Mitglieder des Ausschusses eine von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung angefertigte „Kurzdarstellung der wesentlichen Aussagen der Machbarkeitsstudie / Nutzwertanalyse zur Asbestsanierung des Bürohochhauses Steglitzer Kreisel“. Er erklärt, aus diesem Papier habe das Amt eine Reihe von Arbeitsaufträgen erhalten, die es nun für den damit befassten Ausschuss im Abgeordnetenhaus abarbeiten müsse, z. B. die Prüfung der alternativen Varianten, die für das BHH im Gespräch sind. Darüber hinaus soll mit Stand Dezember 2004 sowohl eine Personalprognose erstellt als auch eine im Abgeordnetenhaus ins Gespräch gebrachte dezentrale Variante geprüft werden, bei der die Bezirksverwaltung in ein sog. „Front-Office“ an zentraler, verkehrlich gut erreichbarer Stelle sowie in weitere, verkehrlich auch weniger gut erreichbare Dienststellen für Ämter mit weniger Publikumsverkehr aufgeteilt wird. Er teilt mit, dass die Machbarkeitsstudie voraussichtlich noch im Dezember 2004 der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung überreicht wird.

In diesem Zusammenhang erklärt BzStR Stäglin, dass die Machbarkeitsstudie in jedem Fall auch den inhaltlich damit befassten Ausschüssen für Bau und Verkehr, für Personal und Verwaltung sowie für Stadtplanung vorgestellt werden soll; da daran jedoch auch die Gutachter teilnehmen sollen, bittet er den Ältestenrat, eine gemeinsame Sitzung für alle drei Ausschüsse anzusetzen, um die finanzielle Entschädigung, die das Bezirksamt den Gutachtern für ihre Teilnahme zahlt, in Grenzen zu halten. Die weitere Diskussion könne dann wieder in den einzelnen Fachausschüssen geführt werden.

Von den Fraktionen werden einige der als Alternativen für das Bürohochhaus genannte Alternativen sowie deren Vor- und Nachteile angesprochen. BzStR Stäglin bittet, bis zur weiteren Diskussion das Gutachten abzuwarten. Er erklärt, den Fraktionen würden alle Unterlagen zugehen, die auch das Abgeordnetenhaus erhält. Die fraktionslose Bezirksverordnete Frau Wagner bittet, auch den Personalbereich aufzuschlüsseln, z.B. wieviel Mitarbeiter wohin kämen bzw. mit welchem Personalabbau man in diesem Zusammenhang rechne. BzStR Stäglin erklärt, eine Personalprognose solle bis Ende Dezember fertig gestellt sein.

Auf Bitten der Fraktion GRÜNE befasst sich der Ausschuss erst wieder mit dem Thema, wenn das endgültige Gutachten vorliegt.

zu 5 Unterrichtung des Ausschusses für Bau und Verkehr über den Mittelabfluss im Baubereich

BzStR Stäglin verweist auf sein Schreiben vom 19.10.2004 mit dem Betreff „Unterrichtung des Ausschusses für Bau und Verkehr über den Mittelabfluss im Baubereich“, das den Mitgliedern des Ausschusses vorliegt.

Er berichtet, dass beim Bauvorhaben „Neubau einer Ballsportspielhalle an der Schadow-Oberschule zwei Ausschreibungen aufgehoben werden mussten, da die Ausschreibungsergebnisse über den Berechnungen des Architektenbüros lagen (beim Stahlbau aufgrund der extrem gestiegenen Stahlpreise um 100% und beim Rohbau um 15%). Nunmehr solle im Ausstattungsprogramm geprüft werden, ob die einzelne Positionen reduziert werden können (z.B. Verkleinerung des Foyers, Zusammenfassung beider Eingänge zu einem, andere baudenkmalgerechte Fenster). Er sagt zu, den Ausschuss hierzu auf dem Laufenden zu halten.

Auf Bitten der fraktionslosen Bezirksverordneten Frau Wagner erläutert BzStR Stäglin die auf S. 3 der Anlage zu dem Schreiben genannten Kosten für den Bau eines Kinderspielplatzes im Stadtpark Steglitz.

zu 6 Anträge

zu 6.1 Verkehrskonzept für den Standort 'Ausfluglokal Alte Fischerhütte' Drucksache: 1177/II - CDU-Fraktion

BzStR Stäglin verweist auf sein dem Ausschuss vorliegendes Schreiben vom 17.11.2004 mit dem Beschluss zum Ortstermin, der vom Verwaltungsgericht zum Bauvorhaben ‘Alte Fischerhütte‘ angesetzt worden war, sowie dem Verkehrsgutachten.

BauO L Hr. Reiser berichtet, nach den schönen Spätsommertagen und dem Oktoberfest gebe es insofern erste Erfahrungen der Anwohner mit dem Biergarten, als sich diese über die laute Musik beklagt hätten. Es sei die Befürchtung geäußert worden, dass der Lärm im kommenden Sommer – z.B. beim Sonntagsbrunch mit Musik – noch zunehmen werde. Darüber hinaus sei festzustellen gewesen, dass die Besucher der Alten Fischerhütte offenbar alle so nah wie möglich an dem Restaurant zu parken versucht hätten, so dass es für Passanten kaum möglich war, zwischen den dicht an dicht geparkten Autos die Straße zu überqueren.

Herr Reiser berichtet weiter, dass die Livemusikveranstaltungen vom Zelt, in dem sie während des Umbaus der Alten Fischerhütte stattfinden, in das Restaurant verlegt werden, sobald die Baumaßnahme beendet ist. Dies werde zur kommenden Saison der Fall sein.

Der Antrag wird vertagt.

zu 6.2 Ampelschaltung Clayallee/Argentinische Allee Drucksache: 1297/II - GRÜNE-Fraktion

Die Fraktion der CDU weist darauf hin, dass, wenn auf einer Strecke die Grüne Welle verlängert wird, dies normalerweise bedeutet, dass auf einer anderen, z.B. kreuzenden Strecke neue Haltepunkte entstehen.

Der Antrag wird wie folgt umformuliert:

„Die Bezirksverordnetenversammlung möge beschließen:

Dem Bezirksamt wird empfohlen, die zuständigen Stellen zu bitten, zu prüfen, wie der Verkehr auf der Clayallee durch die Anpassung der Lichtzeichenanlagen („Grüne Welle“) in Nord- und Südrichtung beschleunigt werden kann. Insbesondere unter dem Aspekt, dass die Ampelschaltung an der Kreuzung Clayallee/Argentinische Allee (U-Bahnhof Oskar-Helene-Heim) so verändert wird, dass der aus Norden kommende Verkehr nach der Grünschaltung der Ampel Hüttenweg - ohne erneuten Halt durch rotes Ampellicht - die o.g. Kreuzung passieren kann.“

Bei einer Abstimmung wird der Antrag in der geänderten Fassung mit 15 Ja-Stimmen und keiner Nein-Stimme bei keiner Enthaltung angenommen.

zu 6.3 Zebrastreifen Clauertstraße
Drucksache: 1301/II - CDU-Fraktion

Der Ausschussvorsitzende begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Hoffmann, die sich im Rahmen der Bürgerfrageviertelstunde zu diesem Tagesordnungspunkt angemeldet hatte und die sich als Mutter eines schwer behinderten jungen Mannes vorstellt, der an der Clauertstraße in einem Heim lebt.

BzStR Stäglin erklärt, bei der Polizei sei im Jahre 2001 keine Notwendigkeit für einen Fußgängerüberweg an der im Antrag genannten Stelle gesehen worden; das Amt werde die Situation jedoch erneut prüfen.

Frau Hoffmann weist darauf hin, dass sich die Verkehrssituation dort seither geändert hat. Sie schildert die Schwierigkeiten behinderter Menschen, die dort die Straße überqueren wollen, und bittet das Amt, wohlwollend zu prüfen.

Die SPD-Fraktion weist darauf hin, dass bereits ein Reihe von Maßnahmen getroffen wurden, um den Betroffenen das Leben zu erleichtern (Absenkung der Bürgersteige an den Übergängen, Einrichtung eines Halteverbots, Geschwindigkeitsbeschränkung auf Tempo 30). Allerdings habe der Verkehr an dieser Stelle tatsächlich stark zugenommen. Der Antrag sollte daher unterstützt werden.

Die CDU-Fraktion erläutert, sie habe diesen Antrag gestellt, weil die Clauertstraße zunehmend zu einer Durchgangsstraße wird und weil es für Behinderte wie auch für die Kinder, die auf dem Weg zur Schule aus dem Königsweg kommen, schwer ist, gefahrlos die Straße zu überqueren.

Der Antrag erhält den neuen Betreff „Überquerungshilfe Clauertstraße“ und den neuen Text: „Das Bezirksamt wird ersucht zu prüfen, ob in der Clauertstraße in Höhe des Heimes der Spastikerhilfe Berlin e.G. eine Überquerungshilfe eingerichtet werden kann, z.B. ein Zebrastreifen mit Rillenmarkierungen für Blinde.“

Bei einer Abstimmung wird der Antrag in der geänderten Fassung mit 15 Ja-Stimmen und keiner Nein-Stimme bei keiner Enthaltung angenommen.

zu 6.4 Umbau von Lichtzeichenanlagen
Drucksache: 1304/II - GRÜNE-Fraktion

Die SPD-Fraktion schlägt vor, den Antrag zurückzuziehen, um zunächst zu prüfen, wie sich die Situation nach dem Bau der Mittelinsel ändert. Nach ent-

sprechenden Erfahrungen könnte er dann ggf. neu gestellt werden. Die Fraktion GRÜNE lehnt eine Zurücknahme des Antrag ab, da ihr dessen Notwendigkeit von betroffenen Bürgern nachvollziehbar dargelegt worden sei.

Der Antrag wird wie folgt zu einem Prüfantrag umformuliert:

„Die Bezirksverordnetenversammlung möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht zu prüfen, ob beim Umbau der Lichtzeichenanlagen Lankwitz - Kirche und Steglitzer Damm/Munsterdamm/Halskestraße darauf geachtet werden kann, dass die Fahrbahnen von Fußgängern in einem Zug überquert werden können."

Bei einer Abstimmung wird der Antrag in der geänderten Fassung mit 15 Ja-Stimmen und keiner Nein-Stimme bei keiner Enthaltung angenommen.

zu 6.5 Straßenmarkierung in der Mitte Teltower Damm zwischen Kirchstraße und Ampel vor Gartenstraße
Drucksache: 1308/II - CDU-Fraktion

Der Ausschuss stellt fest, dass der Antrag durch Amtshandeln (Sperrfläche am Parkhafen) erledigt ist.

zu 6.6 Insolvenz 'Wohnquartier McNair'
Drucksache: 1313/II - CDU-Fraktion

Die Fraktion der CDU erläutert ihren Antrag und weist darauf hin, dass von der Insolvenz des Bauträgers „Wohnquartier McNair" nicht nur die beteiligten Firmen und Geschäfte betroffen sind, sondern vor allem die Menschen, die dort wohnen. Ihnen gelte es zu helfen.

BzStR Stäglin erklärt, das Bezirksamt unterstütze die von der Insolvenz betroffenen Eigentümer insoweit, als dass es ihnen die die im Amt vorhandenen Unterlagen zur Einsichtnahme zur Verfügung stellt, damit diese einen Überblick über die im Insolvenzverfahren noch offenen Beträge haben (z.B. beim Wassernetz oder bei Baumängeln). Darüber hinaus hat das Bezirksamt gegenüber der OFD eigene Ansprüche geltend gemacht, da das Interesse und die Notwendigkeit besteht, dass die öffentlichen Straßen zuende gebaut werden, so dass die OFD entsprechende Forderungen gegenüber der Landesbank geltend machen kann.

Die Fraktion der SPD erklärt, die Art, wie den Menschen die Gründstücke und Häuser verkauft wurden, sei sehr abenteuerlich verlaufen, speziell, was die ausgelegten juristischen Fallstricke des Gemeinschaftseigentums betrifft. Sie unterstütze daher den Antrag.

Die fraktionslose Bezirksverordnete Wagner erklärt, dass hier offenbar Verluste sozialisiert und Gewinne privatisiert werden sollen.

Bei einer Abstimmung wird der Antrag mit 12 Ja-Stimmen und keiner Nein-Stimme bei drei Enthaltungen angenommen.

zu 6.7 Straßenbenennung auf dem Gelände McNair
Drucksache: 1317/II - CDU-Fraktion

Der stellv. Vorsitzende Herr Lepeniotis teilt mit, dass zu dieser Drucksache noch kein Votum des mitberatenden Ausschusses für Bildung, Kultur, Bürgerdienste

und Frauen vorliegt. Der Ausschuss beschließt, die Behandlung dieser Drucksache zu vertagen.

zu 6.8 Einrichtung eines Zebrastreifens Schütte-Lanz-Straße/Ecke Scheelestraße Drucksache: 1329/II - SPD-Fraktion

BzStR Stäglin erklärt, hier gebe es in der Konstellation zwischen bezirklicher Straßenverkehrsbehörde und VLB eine neue komplizierte Situation. Je nachdem, wo ein FGÜ markiert wird, müsste dies entweder (bei der Scheelestraße) vom Bezirk oder (bei der Schütte-Lanz-Straße) von der VLB angeordnet werden. Darüber hinaus würden in Tempo- 30-Zonen in der Regel keine Fußgänger-überwege eingerichtet.

Die SPD-Fraktion erklärt, dass es andererseits genügend Ausnahmen von dieser Regel gibt, so dass die Einrichtung eines Zebrastreifens an dieser Stelle durchaus geprüft werden könnte.

Bei einer Abstimmung wird der Antrag mit 7 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung abgelehnt.

zu 6.9 Schadensmeldung zu privaten Streufahrzeugen im Bezirk Drucksache: 1333/II - GRÜNE-Fraktion

BzStR Stäglin erklärt, der Antrag sei missverständlich formuliert, da Bürger ihn so verstehen könnten, dass sie auch Schäden, die durch Streufahrzeuge an ihren Autos entstanden sind, unter dieser Nummer melden könnten. Es gehe vielmehr um Schäden am öffentlichen Straßenland, die gemeldet werden sollen.
Die SPD-Fraktion fragt, warum ein solches Telefon nur in einer Jahreszeit geschaltet sein soll.

Der Antrag wird wie folgt umformuliert:

„Die Bezirksverordnetenversammlung möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, für die kommende Wintersaison eine Telefonnummer im Bezirksamt zu benennen, unter der Bürger Schadensmeldungen an öffentlichem Straßenland und Beschwerden zu Streu- und Reinigungsdiensten durchgeben können. Diese Rufnummer ist in den örtlichen Zeitungen zu veröffentlichen.“

Darüber hinaus erhält der Antrag den neuen Betreff „Schadensmeldung zu Streufahrzeugen im Bezirk“.

Bei einer Abstimmung wird der Antrag in der geänderten Fassung mit 15 Ja-Stimmen und keiner Nein-Stimme bei keiner Enthaltung angenommen.

zu 7 Bericht aus dem Bezirksamt

Da das vorgegebene Sitzungsende von 18.30 Uhr erreicht ist, gibt BzStR Stäglin den Bericht aus dem Bezirksamt zu Protokoll:

1. <u>Fertig gestellte und in Betrieb genommene LSA (mit privater Finanzierung)</u>

   Vor kurzem sind folgende LSA in Betrieb genommen worden:

- Goerzallee / Altdorfer Straße (Schweizer Viertel)
- Goerzallee / Lausanner Straße (Schweizer Viertel)
- Osdorfer Straße / Hindenburgdamm (ALDI)

2. Radwegrampe Alt-Lankwitz / Kamenzer Damm
   Die Baumaßnahme ist ebenfalls fertig gestellt, die Rampe kann ab sofort benutzt werden.

3. Baumaßnahme Ringstraße hat begonnen
   Die o.g. Baumaßnahme wurde begonnen. Die ersten Arbeiten finden im Bereich Kadettenweg statt.

4. Fehlender Gehweg Hüttenweg → LIDL
   Der Fachbereich Tiefbau hat festgestellt, dass nicht - wie bisher gesagt - nur ca. 3 – 4 m befestigter Gehweg bis zum LIDL-Parkplatz fehlen, sondern etwa 25 m. Außerdem ist in diesem Bereich kein Bord vorhanden und die Fahrbahn des Hüttenwegs scheint in den unbefestigten Seitenstreifen zu entwässern. Da die Fläche z. Zt. zum Abstellen von Kfz genutzt werden kann, so dass Fußgänger nicht ungehindert passieren können, wird das Tiefbauamt zusammen mit der zuständigen Straßenverkehrsbehörde prüfen, ob dieser Streifen durch Verkehrszeichen oder durch das Auslegen von Bordsteinen oder das Aufstellen von Pollern von Kfz frei gehalten werden kann, damit Fußgänger den LIDL-Parkplatz auch auf dieser Straßenseite ohne Hindernisse erreichen können.

5. Wendekehre Mürwiker Straße
   Das BA diskutiert derzeit darüber, ob eine Fertigstellungserklärung bzgl. der Mürwiker Straße erfolgen soll. Die Straße ist mit Ausnahme der durch den B-Plan XII-290 gesicherten Wendekehre fertiggestellt, eine Abschnittsbildung ist aber nicht sachgerecht. Daher ist im BA zu entscheiden, ob die Straße jetzt bzgl. der Erschließungsbeiträge veranschlagt wird und die Wendekehre zu einem derzeit nicht bestimmbaren Zeitpunkt alleine vom Bezirk finanziert wird oder auf die Realisierung der Wendekehre gewartet und erst dann veranschlagt wird. BauDez präferiert die erste Variante.

6. Bismarckstraße 4
   Der Stapl-A hat sich gestern gegen das Erteilen von Befreiungen bezüglich GFZ und GRZ beim Bauvorhaben Bismarckstraße 4 ausgesprochen, so dass sich eine verkehrliche Befassung zu diesem Bauantrag erübrigen würde.

7. Trödelmarkt in der Kuhligkshofstraße
   Ab dem 28.November 2004 findet jeden Sonntag für 1 Jahr ein Trödelmarkt mit ca. 25 Ständen statt. Die Bahn hat die Fläche vermietet. Aus straßenverkehrsrechtlicher Sicht bestehen keine Bedenken.

8. Fußgängertunnel Bahnhof Zehlendorf
   Der Fußgängertunnel Bahnhof Zehlendorf wird eventuell während der Betriebsruhe der Bahn geschlossen. Aus Sicht des Amtes ist eine Schließung nicht möglich, da es sich um öffentliches Straßenland handelt. Gesprächstermine mit der Bahn sind vereinbart.

9. Verkehrsberuhigung der Königstraße
   Mit Widerspruchsbescheid vom 15. November 2004 der Verkehrslenkung Berlin wurde o.g. Antrag zurückgewiesen.

zu 8 Verschiedenes

1. Die Fraktion GRÜNE bittet BzStR Stäglin um eine Übersicht der Zuständigkeiten bei der Straßenverkehrbehörde zwischen Bezirk und Senat (VLB) sowie die Nennung der gesetzlichen Grundlagen hierfür.

2. Die fraktionslose Bezirksverordnete Frau Wagner teilt mit, dass es bezüglich der Fahrradabstellanlagen am Bahnhof Lichterfelde-West eine neue,

möglicherweise positive Entwicklung geben könnte, nachdem zunächst, laut einer "Vorlage zur Kenntnisnahme", das dafür avisierte Gelände der Vivico gehört und diese nicht bereit sei, das Gelände unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Ihre Rücksprache mit der Senatsverwaltung habe ergeben, dass sich der Senat und die DB auf die Weiterführung des von beiden kofinanzierten Programms "Fahrradabstellanlagen an S-Bahnhöfen" geeinigt haben. Frau Wagner erklärt, sie habe daraufhin der Senatsverwaltung den entsprechenden BVV-Beschluss zugefaxt und um Aufnahme ins Programm gebeten. Die Prüfung der Aufnahme ins Programm sei zugesagt worden.

3. Die CDU-Fraktion erkundigt sich, wann das Bezirksamt einen Antrag auf Personal- und Sachmittelabschichtung für das bezirkliche Ordnungsamt bei der Polizei zu stellen gedenkt. Ord L Herr Hartmann erklärt, die Ausstattung mit Personalmitteln über die Abt. PS finde derzeit statt; die Ausstattung mit Sachmitteln, die dem Bezirk zustehen, finde über die Abt. Finanzen statt. Näheres hierzu könne man in der nächsten Sitzung berichten.

Berlin Steglitz-Zehlendorf, den 20.12.2004

Lepeniotis	Kühnast
Stellv. Ausschussvorsitzender	Schriftführer